

## 10-Punkte-Programm zur Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen

Das Wahlverhalten junger Menschen bei der Europawahl 2024 ist Gegenstand vielfältiger gesellschaftlicher und medialer Debatten. Auch wenn die repräsentative Wahlstatistik noch aussteht, ist davon auszugehen, dass die in Teilen Deutschlands als gesichert rechtsextrem eingestufte AfD in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen sehr starke Zuwächse verzeichnen konnte. Dieser auch bei der Europawahl insgesamt zu verzeichnende gesellschaftliche Rechtsruck stellt eine Bedrohung für die Demokratie dar und hat vielfältige Auswirkungen auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Die Analyse der Hintergründe ist zentral, um politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf zu definieren. Dabei kann es keine einfachen Erklärungen geben.

Zu beobachten ist insbesondere eine Ohnmacht vieler junger Menschen gegenüber multiplen Krisen. Dazu gehören die Klimakrise, die Kriege und die damit verbundenen Preissteigerungen oder das marode Bildungssystem. Gerade der Krieg „vor unserer Haustür“ und die Klimakrise sind für viele Jugendliche so überwältigend, dass sie das Gefühl haben, dem machtlos ausgeliefert zu sein und das Gefühl manifestiert sich, ohnehin nichts ändern zu können. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass beispielsweise ökologische Themen für Jugendliche nach wie vor einen extrem hohen Stellenwert haben. Aber ohne Angebote, mit denen sie selbst etwas bewirken können, sinkt das Selbstwirksamkeitsgefühl und das Vertrauen in eine Demokratie, in der es sich lohnt, Einfluss zu nehmen. Ohnmacht paart sich mit Frustration und Wut. Verantwortlich dafür ist auch, dass die Interessen der Kinder und Jugendlichen während der Corona-Zeit systematisch ignoriert und die Beeinträchtigung ihrer Entwicklung gerade in der zweiten Phase der Pandemie, als Impfstoffe bereits zur Verfügung standen, billigend in Kauf genommen wurden. Diese Enttäuschung und das Fehlen identitätsstiftender Erfahrungen in gemeinschaftsbildenden Strukturen wirken bis heute nach.

Zudem konnten die Regierungsparteien die jungen Wähler\*innen nur sehr unzureichend für ihre Themen mobilisieren, eine Kommunikation auf Augenhöhe, die dazu immer wichtiger wird, insbesondere in den Sozialen Medien, fand kaum statt. Die systematische Vernachlässigung von Kinder- und Jugendinteressen verstärken das Gefühl keinen Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können. Gleichzeitig haben junge Menschen als Erstwähler\*innen keine ausgeprägte Parteibindung und sind offen für neue Argumente und Ideen.

Grundsätzlich müssen wir die Grundlage dafür schaffen, die Demokratie in Deutschland unter Einbezug aller Altersgruppen zu fördern und zu stärken. Wir brauchen dringend eine nachhaltige Absicherung der bislang oft prekären Strukturen im Bereich der Demokratieförderung durch den Bund, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene sowie in strukturschwachen Bundesländern. Nur so kann Demokratieprojekten eine langfristige Perspektive geboten und eine Abkehr von der bisherigen Praxis kurzfristiger Projektförderungen erreicht werden. Kinder und Jugendliche sind hier explizit als Teil von Gesellschaft eingeschlossen, denn Demokratie muss begriffen werden als die Beteiligung möglichst aller gesellschaftlichen Gruppen an den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens,

und damit auch aller Altersgruppen. Kinder sind in diesem Zusammenhang nicht als eine Altersgruppe zu begreifen, die auf demokratische Mitwirkung im Erwachsenenalter vorbereitet wird, sondern die bereits als Kinder konstitutiver Teil der gesamtgesellschaftlichen demokratischen Praxis sind.

Wir brauchen ein praxistaugliches Demokratiefördergesetz, um die Grundprinzipien unserer Demokratie zu stärken und eine inklusive, partizipative Gesellschaft über alle Altersgrenzen hinweg zu fördern. Ein solches Gesetz wäre auch ein starkes gesellschaftliches Signal, dass die Meinungsfreiheit gewahrt bleibt und die Rechte aller Menschen respektiert werden. Deshalb setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk mit aller Vehemenz für ein Demokratiefördergesetz mit nachhaltigen und finanziell angemessen ausgestatteten Förderstrukturen ein, die demokratische Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unterstützen. Dies ist essenziell, um auch zukünftig demokratische Werte aktiv zu pflegen und vor allem zu leben. Insbesondere für marginalisierte Gruppen sind inklusive, leicht zugängliche Angebote und Strukturen auf lokaler und regionaler Ebene wichtig. Ein Demokratiefördergesetz muss zu guter Letzt aber nicht nur finanzielle Fördermöglichkeiten berücksichtigen, sondern auch einen rechtlichen Rahmen absichern, der die demokratische Bildung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen stärkt. Zudem muss die bereits bestehende Infrastruktur der Landeszentralen für politische Bildung beibehalten und gestärkt werden. Das alles schaffen wir am besten mit einem gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Förderung und Stärkung der Demokratie, der politischen Bildung, der Prävention jeglicher Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe.

Unabhängig von einem Demokratiefördergesetz gilt es, die nach der Europawahl begonnenen Analysen zu vertiefen und die politischen Weichen zu stellen, damit sich junge Menschen mit ihren Anliegen von der Politik ernstgenommen fühlen und ihre Interessen in demokratisch verfassten Strukturen entfalten können. Das Deutsche Kinderhilfswerk schlägt daher ein 10-Punkte-Programm zur Demokratieförderung und Wiederherstellung des Vertrauens ins politische System von Kindern und Jugendlichen und einer kinder- und jugendgerechteren Politik vor:

1. **Beteiligung:** Kindern und Jugendlichen muss die Gelegenheit gegeben werden Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen, um dem oben genannten Ohnmachtsgefühl entgegenzuwirken. Es braucht daher eine flächendeckende Beteiligung vor allem in Bildungsinstitutionen und in der Kommune bei allen ihre Angelegenheiten betreffenden Entscheidungen.
2. **Kinder- und Jugendstrategie / Kinderrechte ins Grundgesetz:** Es braucht eine eigene Kinder- und Jugendstrategie der demokratischen Parteien und Lösungen dafür, wie Kinder und Jugendliche sich besser gesehen fühlen und tatsächlich gehört werden. Zu einer solchen Strategie gehört auch die Verankerung ihrer Rechte im Grundgesetz im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention. Diese sind ein unverzichtbarer Baustein, um die Rechtsposition von Kindern und Jugendlichen in Deutschland deutlich zu stärken, die Ausrichtung staatlicher Stellen am Kindeswohlvorrang zu etablieren, sowie damit einhergehend kindgerechtere

Lebensbedingungen und bessere Entwicklungschancen für alle jungen Menschen zu schaffen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Kinderrecht auf Beteiligung zu. Mit der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention besteht insgesamt die große Chance, langfristig eine tragfähige Grundlage für ein kinder- und familienfreundlicheres Land zu schaffen.

3. **Demokratiebildung:** Es bedarf einer besseren Demokratiebildung von Anfang an. Dazu trägt auch der Übergang zwischen Bildungsinstitutionen bei. So gibt es häufig einen Bruch beim Übergang von der Kita in die Schule, in der viel weniger Mitbestimmungsmöglichkeiten existieren und schnell erste Erfahrungen des Übergangens gemacht werden, die zu Entmutigung bei Kindern und Jugendlichen führen. Zudem muss Politikunterricht von dafür hinreichend ausgebildeten Lehrkräften angeboten werden. Hierfür sind Fortbildungen für die entsprechenden Fachkräfte notwendig.
4. **Kindergrundsicherung:** Kinderarmut muss endlich effektiv bekämpft werden. Einschränkende sozioökonomische Benachteiligungen verhindern die Entfaltung und Potentialausschöpfung von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen und erschweren damit gesellschaftliche Solidarität und demokratische Gestaltungsfähigkeit. Kinderarmut ist Familienarmut. Das Gefühl, abgehängt zu sein und am eigenen Schicksal wenig ändern zu können, erfahren diese Kinder und Jugendlichen daher bereits sehr früh mit ihren Familien. Doch nicht nur Kinder in akuter Armut sind betroffen, sondern auch die Angst vor ökonomischen Verlusten muss durch eine krisenfeste Kindergrundsicherung bekämpft werden.
5. **Medienbildung:** Kritische und konstruktive gesellschaftliche Teilhabe lebt von gesundem gesellschaftlichem Diskurs. Dazu braucht es heutzutage mehr Medienbildung für Kinder- und Jugendliche, sowie gleichermaßen für Eltern und Fachkräfte. Insbesondere im Hinblick auf Problemfelder wie Desinformation und Hassrede müssen die Nutzer\*innen für einen prodemokratischen Austausch gewappnet sein.
6. **Strukturen der Jugendarbeit:** Flächendeckende Jugendarbeit, insbesondere in strukturschwachen Regionen oder im ländlichen Raum, ist erforderlich, um Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Schule und des Elternhauses pädagogisch zu begleiten und Extremismusprävention zu gewährleisten.
7. **Investitionen in Infrastruktur:** Politik muss generationengerecht sein und die Interessen zukünftiger Generationen in den Blick nehmen. Dazu gehören massive Investitionen in Infrastruktur, Wohnraum, Bildungseinrichtungen und Klimaschutz. Durch die Beibehaltung der Schuldenbremse droht den Erwachsenen von morgen eine marode Infrastruktur von gestern.
8. **Beauftragte\*r für Kinder und Jugendliche:** Die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendliche sollten durch eine eigene Interessensvertretung auf Bundesebene durch eine/n Beauftragte/n der Bundesregierung gestärkt werden.

Mit einem starken Mandat könnte diese Stelle auf die Umsetzung von Kinderrechten hinwirken, welche in Deutschland bislang einem föderalen Flickenteppich gleicht und darüber hinaus nicht für alle Kinder gleich ist. Zu den Aufgaben der Stelle, die bestenfalls durch eine zivilgesellschaftlich getragene Servicestelle unterstützt wird, sollten Erfahrungs- und Wissenssicherung, Qualifizierungen sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit gehören. Zudem könnte diese als zentrale Beschwerdestelle für junge Menschen dienen, eine zentrale Forderung aus der UN-Kinderrechtskonvention, welche bisher ebenfalls nicht umgesetzt ist.

9. **Solidarische Politik:** Zielsetzung von guter, kind- und jugendgerechter Politik muss es sein, gesellschaftliche Spaltung aufzulösen und Sicherheit für alle Kinder zu schaffen, unabhängig von ihrer Herkunft. Die aktuelle Politik führt durch die Übernahme populistischer Narrative jedoch bei vielen Kindern zu Angst vor Anfeindungen auf offener Straße und einem Gefühl von Ungleichwertigkeit. Statt eines Ausspielens von Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander braucht es eine solidarische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die Kindern und Jugendlichen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Perspektiven gleichermaßen aufzeigt und Lust macht auf gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft.
10. **Gendersensible Politik:** Während junge Frauen durch politische Veränderungen im Sinne der Emanzipation und Selbstbestimmung Erfolge demokratischer Politik erkennen, sehen sich junge Männer von der Entwicklung der Gesellschaft unter Druck gesetzt. Hier braucht es eine gute Informationspolitik und kritische Jungenarbeit.

Berlin, September 2024